



laboratorio per la sinistra

Offener Brief zum Scheitern der Verhandlungen mit der EU

Das Scheitern der Verhandlungen über das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ist für uns als in der Schweiz lebende europäische Bürger, die sich für den Schutz und die Förderung der Rechte von Migranten einsetzen, ein Anlass zu großer Sorge. Wir haben die Debatte innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Linken in den letzten Jahren verfolgt, und obwohl wir eine Vielzahl von Geschichten und Positionen **in unserem „Laboratorio“ haben**, waren wir uns alle einig, dass es wichtig gewesen wäre, alles zu tun, um den richtigen Kompromiss zu erreichen und ein Abkommen zu schließen, das es ermöglicht, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu stärken und zu entwickeln.

Insbesondere von den Parteien der Linken und den Gewerkschaften und sozialen Organisationen, mit denen wir in den letzten Jahren das Engagement gegen fremdenfeindliche Initiativen **und für die Rechte** von Migranten geteilt haben, hätten wir eine starke Haltung zugunsten der europäischen **Unionsbürgerschaftsrichtlinie** erwartet. In der Tat hat sich zwischen der EU und der Schweiz eine unterschiedliche Sichtweise zum Thema Freizügigkeit herausgebildet. Für Europa ist die Freizügigkeit eine Grundfreiheit, die für alle europäischen Bürger gilt, für Bern nur für diejenigen, die aus beruflichen Gründen in ein anderes Land ziehen oder umziehen. Auf der einen Seite haben wir die Freizügigkeit von Personen und auf der anderen Seite die Freizügigkeit von Arbeitskräften. Die explizit formulierte Haltung des Bundesrates zur Migrationspolitik führt uns um Jahrzehnte zurück, in die Zeit von Max Frischs berühmtem Satz "Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen".

Gerade in diesem **schwierigen** Moment, in dem sich viele ausländische Staatsbürger aus Angst vor dem Verlust ihres erworbenen Aufenthaltsrechts auch in extremen Notlagen nicht an die Sozialämter wenden, würde die europäische Unionsbürgerschaftsrichtlinie die geeigneten Instrumente bieten, um ihre Rechte zu schützen und den institutionellen Rassismus bzw. den neoliberalen Utilitarismus der populistischen bzw. selbsternannten liberalen Rechten einzudämmen. Eine solche Richtlinie wird von vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften aus Angst vor einem Druck auf die Schweizer Sozialversicherung durch europäische Bürger abgelehnt, und es ist rätselhaft, dass selbst der Schweizer Gewerkschaftsbund dazu eine unakzeptabel kritische Haltung einnimmt. Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass diese Gefahr unbegründet ist: Die europäische Richtlinie würde zu keiner Erhöhung der Sozialausgaben führen (Ein Beispiel: <https://www.avenir-suisse.ch/unionsbuergerrichtlinie-keine-explosion-der-sozialhilfe-in-sicht/>).

In diesem Zusammenhang wäre es notwendig gewesen, dass fortschrittliche politische, gewerkschaftliche und soziale Kräfte eine andere Idee von Gesellschaft vorbringen, in deren Mittelpunkt die Anerkennung der Universalität der Rechte der Menschen steht, unabhängig von Nationalität und beruflichem Status. Dies nicht zu tun und damit jahrzehntelangen Forderungen zu widersprechen, sich der Aufgabe zu verweigern, die Interessen und Bedürfnisse der europäischen Migranten zu vertreten, und sich stattdessen in der Weigerung zu verschanzen, einen Kompromiss zu suchen, der die Unterzeichnung des Rahmenabkommens ermöglicht hätte, ist eine grosse Verantwortung, die linke Parteien und Gewerkschaften auf sich genommen haben.



laboratorio per la sinistra

Es ist nun notwendig, den Kurs zu ändern.

Als Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in Schweizer Gewerkschaften, Parteien und Verbänden engagieren, fordern wir einen Strategiewechsel der gesamten progressiven Front. Wir haben uns entschieden, in einer interkulturellen, weltoffenen und in Europa integrierten Schweiz zu leben, die in die Zukunft blickt. Wir hätten nicht gewollt, dass wir uns in einem Land wiederfinden, das in sich selbst geschlossen ist. Zugewanderte Arbeitnehmer und Bürger brauchen Zugang zu Sozialleistungen ohne Diskriminierung und dürfen nicht zur ständigen Zielscheibe populistischer Kampagnen werden. Die Zuwanderung trug und trägt entscheidend dazu bei, die Schweiz zu dem zu machen, was sie heute ist, und diese Rolle muss nicht nur mit Worten, sondern mit konsequenten politischen Initiativen gewürdigt werden.

Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln kämpfen, indem wir das Bewusstsein der zweiten Generation und der Doppelbürger schärfen, indem wir mit unseren Schweizer **KollegInnen und Kollegen**, mit politischen Parteien und gesellschaftlichen Akteuren sprechen, indem wir in der öffentlichen Debatte und in den Medien intervenieren, damit der Prozess zum Aufbau einer inklusiven Gesellschaft wieder in Gang kommt, indem wir die Rechte und die Räume der Partizipation erweitern, damit alle als Gleichberechtigte auf Schweizer Boden leben können.

Wir rufen auch die europäischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte sowie die Institutionen der Länder, aus denen wir kommen, auf, sich für den Schutz der Rechte ihrer Bürger einzusetzen, indem sie diese in den Mittelpunkt der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa stellen.

Cesidio Celidonio

Catia Porri

Guglielmo Bozzolini

Maurizio Nappa

Claudio Marsili

Roberto Cammarano